

men, Rapstars zu sein (Kapitel 10–11). Derartige Darstellungen sind jedoch in der zeitgenössischen Literatur zu afrikanischen Städten, die in den letzten Dekaden kaum noch andere Männer zu kennen scheint als junge, unverheiratete ‚Gangster‘ mit Bandana und 2-Pac T-Shirt, äußerst üblich und liefern daher selten neue Erkenntnisse.

Letztlich kann ich Leser:innen mit einem Interesse an den ökonomischen und politischen Konsequenzen rassistischer Konzepte afrikanischer Männlichkeit dieses Buch, das mit einem lesenswerten Postskript zur Positionalität der Autorin endet, die als Kind eines weißen Vaters und einer schwarzen Mutter im Feld manchmal als schwarz und manchmal als weiß gelesen wurde, ausdrücklich empfehlen. Auch wenn die simplifizierende Gleichsetzung von Rassismus und Kapitalismus stellenweise zu empirisch ebenso simplifizierenden Aussagen führt, so ist es doch zugleich diese Gleichsetzung, die es Jordanna Matlon erlaubt, in kurzer Aufeinanderfolge Diskurse und soziale Praktiken an der Elfenbeinküste mit solchen in den USA zu parallelisieren, was ein ums andere Mal zu erkenntnisgewinnenden Beobachtungen über die Verknüpfungen von Rasse und Kapital im globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts führt.

Mario Schmidt

Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle/Saale

Dilger, Hansjörg; Warstat, Matthias (Hrsg.): Umkämpfte Vielfalt: Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung.

340 S. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2021. ISBN 978-3-593-51412-3

Im Sammelband „Umkämpfte Vielfalt: Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung“ geben 32 Autor:innen Antworten auf die Frage, wie kulturelle Vielfalt im institutionellen Alltag in Deutschland diskursiv und performativ hervorgebracht wird. Sie untersuchen, wie Kämpfe um kulturelle Vielfalt Institutionen affektiv beeinflussen, verändern und modifizieren. Die Beiträge beleuchten „**affektive Diversität**“ eindrucksvoll in vielfältigen Kontexten des institutionellen Alltags von Politik, Medien, Migrationsverwaltung, Literatur, Gesundheitswesen, Theater, Bildung und Museen.

Ausgehend von der pluralen deutschen Gesellschaft als „**postmigrantisch**“ orientiert sich der Sammelband zunächst an Definitionen von Steven Vertovec (2007) und Naiika Foroutan (2015), die anerkennen, dass die Gesellschaft als Ganze maßgeblich von Migration geprägt ist und die vielfältigen ethnokulturellen Hintergründe das tägliche Zusammenleben bestimmen. Als „gesellschaftliche, historisch gewachsene Einrichtungen, die einer Stabilisierung des Zusammenlebens dienen, indem sie Wandel normativ steuern“ (S. 11–12), würden **Institutionen** – so die Definition der Herausgeber – einen Spiegel gegenwärtiger sozialer und politischer Verhältnisse in dieser postmigrantischen Gesellschaft darstellen. Doch dass diese (erfolgreiche) Repräsentation stark in Frage gestellt werden muss, arbeiten die Autor:innen überzeugend heraus und kommen in

verschiedenen, jeweils spezifischen Kontexten zu einer gemeinsamen, ganz zentralen Erkenntnis: Obwohl sich die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft und das Zusammenleben durch Migration nachhaltig verändert, wird anhand der vierzehn Kapitel sichtbar, dass Institutionen der deutschen postmigrantischen Gesellschaft von der Abbildung *gelebter* und *erfahrener* kultureller Pluralität noch weit entfernt sind. Bereits einleitend fordern Dilger und Warstat daher eine Anpassung in Form einer „**Institutionalisierung kultureller Vielfalt**“ (S. 8). Sie sei die wesentliche Voraussetzung für eine Transformation des gesellschaftlichen Zusammenlebens, das geprägt ist von gestärkter sozialer Teilhabe, Chancengleichheit und der strukturellen Bekämpfung von Diskriminierung.

Die folgenden Kapitel beschreiben diese institutionellen Entwicklungen, elaborieren deren transformatives Potenzial und gehen gleichwohl Widerständen und Schwierigkeiten auf den Grund. Mithilfe des Konzepts der „**Reibung**“ („friction“, Tsing 2005) betonen die Herausgeber die Bewegung und Dynamik, die durch Diversifizierungsprozesse erzeugt und die Handlungsmöglichkeiten, die dadurch eröffnet werden können. Der Begriff trägt gleichermaßen der Tatsache Rechnung, dass durch „Reibung“ ebenso Blockaden, Stillstand und damit „affektive Ambivalenzen“ (S. 28) entstehen können. Damit wird folgerichtig hervorgehoben, dass soziale Öffnungsprozesse untrennbar mit kulturellen Abgrenzungsdynamiken verbunden sind, die sich in Nationalismen, Fundamentalismen oder in der Identitätspolitik einzelner Gruppen äußern.

Eine Bestandsaufnahme der Gesellschaftssituation liefert **Bilgin Ayata** ausgehend von der NSU-Mordserie und bietet damit einen äußerst gelungenen Start des Sammelbands und einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit den drängendsten Fragen des postmigrantischen Zusammenlebens. In ihrem Beitrag macht sie die Zusammenhänge zwischen institutionellem Rassismus und dem wieder aufkeimenden Heimat-Begriff sehr überzeugend deutlich. Obschon die NSU-Affäre im Jahr 2011 den Weg für Auseinandersetzungen mit institutionellem Rassismus und der Bedrohung des Rechtsextremismus ebnete, blieb die staatliche Aufklärung mit der Zeit aus. Stattdessen lässt sich ein nahezu diametraler institutioneller Wandel beobachten: Statt etwa eine staatliche Behörde für Rassismusbekämpfung zu installieren, setzte die Bundesregierung darauf, 2012 einen „Arbeitskreis zu Terrorismus- und Extremismusabwehr“ im umstrittenen Bundesamt für Verfassungsschutz und 2018 ein Ministerium für „Heimat“ einzurichten. Ähnliches lässt sich in der Europäischen Union beobachten: Während die Schengen-Grenzen weiter verriegelt und der Grenzschutz militarisiert werden, trug das Migrationsressort 2019 nach der Umbenennung von Ursula von der Leyen als neuer EU-Kommissionspräsidentin den Titel: „Schutz (später „Förderung“) unserer Europäischen Lebensweise“. Anhand dieser Entwicklungen beschreibt Ayata die Agendaverschiebung von NSU und Rassismus hin zu Heimat („-schutz“) treffend als symptomatisch für die Verweigerung, sich mit dem gesamtgesellschaftlichen Problem des Rassismus auseinanderzusetzen. Stattdessen dreht sich weiterhin alles um die (affektiv aufgeladene) Frage: Wer gehört zu Deutschland und wer nicht?

Wer in der Darstellung, Beurteilung und Anerkennung von Diversität die Definitionsmacht klar für sich beansprucht, stellen einige Beiträge stichhaltig heraus. So ist es beispielsweise die Institution des Theaters im Beitrag von **Juliane Gorke, Hans Roth und Matthias Warstat**, die auf die Vorwürfe des „Blackfacing“ als rassistische und stigmatisierende Praxis ablehnend reagiert und durch eine fast schon übliche Täter-Opfer-Umkehr versucht, die Deutungshoheit des Diskurses zu behalten: Die anti-rassistische Kritik, weiße Schauspieler:innen lieber schwarz anzumalen, statt Rollen mit Schwarzen Schauspieler:innen zu besetzen, wird als inakzeptabler „Eingriff in die künstlerische Freiheit“ (S. 191) abgetan und der Griff zu diesem Mittel als notwendig legitimiert – hätte es doch keine ausreichend qualifizierten Schauspieler:innen of color gegeben. Am Beispiel der chorischen Polyvokalität zeigen die Autor:innen auf, dass im Theater dynamischere und diversere Identitätskonstellationen möglich sind.

Auch das Humboldt-Forum schafft es, in der Kritik einer exotisierenden Zurschaustellung kolonialer Raubkunst die öffentlichen Debatten für seine Interessen umzudeuten und so die Macht über den Diskurs zu behalten. Das Museum inszeniert sich strategisch als „offenen Ort für Austausch und Diversität“ (S. 167), an dem alle – preußisch-imperiale bis postkoloniale – „Meinungen“ nebeneinander existieren könnten. Die konkreten eurozentrischen Rahmenbedingungen per se werden so nicht zur Disposition gestellt und die Institution nicht substanziell verändert. **Paola Ivanov und Jonas Bens** zeigen daran sehr überzeugend, wie Diversität zum kolonialen Regierungsmodus des politischen Liberalismus wird, indem das Humboldt-Forum als vermeintlich neutraler Raum unsichtbar gemacht und die postkoloniale Kritik emotionalisiert dargestellt wird.

Anhand der Erziehungshilfe im vietnamesischen Berlin zeigen auch **Birgitt Röttger-Rössler und Hoang Anh Nguyen**, dass der als Norm geltende Wertekanon der Dominanzgesellschaft kein Diskussionsgegenstand ist: Die meisten Entscheidungsträger:innen in der Jugendhilfe urteilen auf Basis eigener Sozialisationserfahrung und Fachwissen, das in der Regel einer weißen Mittelschicht-Perspektive entspricht. Migrantische Lebensrealitäten, transnationale oder kulturell vielfältige Familienkonstellationen, sind den entscheidenden Expert:innen oftmals nicht nur wenig geläufig, sondern werden ferner negativ bewertet, wenn sie den vertrauten Erziehungsstilen widersprechen.

Es scheint der deutschen Dominanzgesellschaft und ihren Institutionen schier unmöglich, sich für andere Perspektiven zu öffnen oder zu realisieren, dass es auch andere Befindlichkeiten als die eigenen gibt. In Redaktionen deutscher Medienhäuser, so stellen **Margret Lünenborg und Débora Medeiros** fest, besteht die Belegschaft noch immer vornehmlich aus weißen Männern der Mittelschicht, die über ganz zentrale Fragen entscheidet: Wer spricht, wer wird gesehen, über wen *wird* gesprochen und wer bleibt unsichtbar? Diversität wird zwar grundsätzlich befürwortet, konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung aber abgelehnt. Journalist:innen of color kommen meist dann zu Wort, wenn sie von Flucht-, Migrations- oder Rassismuserfahrungen berichten. Denn in der Außendarstellung und als Symbolpolitik („diversity management“)

vieler Institutionen ist Diversität und Vielfalt durchaus angekommen – zumindest in ihrer „domestizierten“ (S. 88), gezähmten und kontrollierbaren Form, wie die Beiträge von **Larissa Veters und Olaf Zenker** und **Dominik Mattes, Omar Kasmani und Hansjörg Dilger** zeigen: Die Vielfalt, die von der Dominanzgesellschaft anerkannt und gewünscht ist, wird von dieser selbst definiert. So sind es letztlich auch Klassifikationen und sozialstatistische Kategorien, die nicht aus Selbstidentifikationen, sondern aus Fremdzuschreibungen entstanden sind, um Diversität lesbar und handhabbar zu machen (z.B. „Person mit Migrationshintergrund“). Diese lenken, strukturieren und emotionalisieren die öffentliche Wahrnehmung und Debatten kultureller Vielfalt. Während sie einerseits zu Inklusion führen können, indem sie fehlende Teilhabe oder Repräsentation sichtbar machen, wirken sie gleichermaßen ausgrenzend, indem sie weiterhin Unterscheidungen markieren, wie auch **Gülay Çağlar und Jennifer Chan de Avila** an der Diversitätspolitik deutscher Universitäten exemplarisch verdeutlichen. Diversität funktioniert als Aushängeschild „moderner, weltoffener“ Universitäten (S. 319), nach außen gilt sie als bereichernd und innovativ. Wie aber die *tatsächliche* Sozialstruktur des institutionellen Gefüges aussieht, hinterfragen die Autor:innen hier am Beispiel der Universität, aber auch in weiteren Beiträgen des Sammelbands sehr kritisch.

Bei der Umsetzung einer „Institutionalisierung kultureller Vielfalt“ scheitert es offenbar vor allem daran, eigene Privilegien abzugeben und grundsätzliche Strukturen im Kern zu verändern. Dies stellen nicht nur **Ceesay Sambojang und Jan Slaby** anhand einer historischen genealogischen Untersuchung des deutschen Schulsystems fest, auch am Beispiel des literarischen Feldes beobachtet **Anne Fleig**, dass die Forderung nach Vielfalt allein die Hierarchien und Wertmaßstäbe von Institutionen nicht wirksam in Frage stellen wird. In diesem Sinn fordern einige Autor:innen eine grundsätzlich kritische Auseinandersetzung mit der organisationalen Dominanzkultur und Privilegienverteilung. Denn alle Beiträge zeigen folgerichtig: Solange die eigenen Positionen und Privilegien unreflektiert bleiben, wird eine ernsthafte Auseinandersetzung mit strukturellen Diskriminierungsbedingungen ausgehebelt. Stattdessen müssen wir in der postmigrantischen Gesellschaft über bestehende Strukturen nachdenken und offen dafür sein, sie auch in ihren Grundsätzen zu verändern.

Thi Minh Tam Ta, Anita von Poser, Max Müller, Edda Willamowski, Thi Quynh-Nhu Tran und Eric Hahn zeigen am Beispiel vietnamesischer *Care-scapes* in Berlin, dass ein spezielles Netzwerk, das an die Bedürfnisse vietnamesischer Migrant:innen angepasst ist, gefordert und begrüßt wird. Sie verdeutlichen aber anhand von „Reibungen“ auch, dass diese Diversifizierung von Care in der Umsetzung hochkomplex ist. Die Autor:innen konstatieren, dass eine „interkulturelle Öffnung“ bestehender Care-Strukturen ohne die grundlegende Beteiligung von Akteur:innen, denen „kulturelle Diversität“ (S. 131) zugeschrieben wird, kaum gelingen kann. Diese Aushandlungen mögen schwierig sein, sind sie doch ganz zentral und notwendig für ein gemeinsames Miteinander. Unbequemlichkeiten müssen artikuliert und zugelassen werden; oder in den Worten von **Jürgen Brokoff, Aletta Diefenbach, Tim Lörke und Christian von Scheve**: „Das muss die deutsche Gesellschaft aushalten. Für gelingende kulturelle Viel-

falt muss sich auch die Mehrheit bewegen“ (S. 245). Sie erkennen an, dass die Aushandlungsprozesse, die kulturelle Vielfalt herbeiführen können, von Verunsicherungen und Verletzungen geprägt sind. Wie zentral deshalb die Kopplung der eigenen Emotionen und Affekte im antirassistischen Lernprozess und in der unbequemen Auseinandersetzung sind, arbeiten **Nadine Maser und Nina Sökefeld** prägnant an beispielhaften Materialien der antirassistischen Bildungsarbeit heraus.

Viele der Beiträge elaborieren nicht nur die Reibungen solcher unbequemen Auseinandersetzungen und ihr mögliches Transformationspotenzial sehr gelungen, sondern zeigen richtungsweisende neue Wege für die postmigrantische Gesellschaft auf. Seien es dekoloniale Ansätze im Journalismus, um diverse Wissensformen erkennbar zu machen und gleichwertig anzuerkennen oder das ästhetische Mittel chorischer Polyvokalität im Gegenwartstheater – dieser Sammelband zeigt, dass „reibende“ Dynamiken über extrem unterschiedliche Felder zu verzeichnen sind und lässt auf eine potenzielle Neuorientierung und Veränderung in der gesamten Gesellschaft hoffen; sind es doch genau diese Unbequemlichkeiten, die einen *echten* Wandel in unserer diversen postmigrantischen Gesellschaft herbeizuführen vermögen.

Rebekka Schuster,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Kasperek, Bernd: Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex.

379 S. Bielefeld: transcript Verlag, 2021. ISBN 978-3-8376-5730-2

Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union, kurz: Frontex, existiert seit 2004. Um ihrer Aufgabe der Unterstützung der EU-Mitgliedsstaaten bei der Kontrolle ihrer Außengrenzen nachzukommen, vernetzt sie Akteure und Institutionen des Grenzschutzes, erstellt Risikoanalysen und führt eigenständige Operationen durch. Hierfür erhielt die Agentur zunehmend umfangreichere Ressourcen und Kompetenzen und firmiert seit Ende 2019 als Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache. Ausgestattet mit weitreichenden Befugnissen hinsichtlich Grenzkontrollen und Abschiebungen sowie einer ständigen Reserve von bis zu 10.000 Mitgliedern ist Frontex seitdem die erste bewaffnete Polizeieinheit der Europäischen Union. Gleichzeitig ist die Agentur seit Gründung beständiger Kritik ausgesetzt, unter anderem hinsichtlich Verstrickungen in Menschenrechtsverletzungen im Rahmen ihrer operativen Tätigkeiten. So stellte auch das europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) im Jahr 2022 eine Reihe von Missständen innerhalb der Agentur fest, u.a. die Förderung und Vertuschung von Rechtsverstößen gegenüber Migrant:innen durch griechische Behörden sowie Behinderungen der Arbeit der Frontex-eigenen Grundrechtsbeauftragten. Diese Vorwürfe führten schließlich zum